

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Bildungsausschusses am 03.07.2012**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Kleiner Saal,
Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Andreas Schachtschneider	CDU, Ausschussvorsitzender
Herr Martin Bauersfeld	CDU
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Hendrik Lange	DIE LINKE.
Frau Dr. Petra Sitte	DIE LINKE.
Herr René Trömel	DIE LINKE.
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD
Herr Klaus Hopfgarten	SPD
Frau Katja Raab	FDP
Herr Oliver Paulsen	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dietrich Strech	MitBÜRGER für Halle
Herr Gert Hildebrand	Verwaltung
Herr Tobias Kogge	Beigeordneter
Herr Uwe Weiske	Verwaltung
Frau Heike Deuerling-Kalsow	SKE
Herrn Klaus E. Hänsel	SKE
Herr Ralf-Jürgen Kneissl	SKE
Herr Bertolt Marquardt	SKE
Herr Andreas Riemann	SKE
Herr Thomas Senger	SKE
Frau Dr. Regine Stark	SKE

Entschuldigt fehlen:

Herr Norbert Böhnke	Verwaltung
Frau Dr. Christine Radig	Verwaltung
Herr Jürgen Zschocke	Verwaltung
Herr Torsten Bau	SKE
Herr Martin Gorowska	SKE
Frau Cathleen Stahs	SKE

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, eröffnete und leitete die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, rief die vorliegende Tagesordnung zur Bestätigung auf.

Herr Senger, SKE, stellte den Antrag, die Behandlung des TOP 7.2 vorzuziehen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, befürwortete die Bitte mit dem Hinweis, dass **Herr Bade, Polizei Halle, Verkehrsorganisation, und Frau Hantsch, Stadtvermessungsamt, Ressort Geodaten**, zum gleichen TOP sprechen sollen bzw. anwesend sind und somit an der Sitzung nicht bis zum Abschluss teilnehmen müssten.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, bat darum, die ausgereichte Beschlussvorlage zur „Aufhebung des rechtswidrigen Beschlusses zur Förderschule Jägerplatz“, als Dringlichkeitsvorlage auf die Tagesordnung zu setzen.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte die Dringlichkeit mit dem Antwortschreiben des Landesverwaltungsamtes vom 2.7.2012 zum Widerspruch der Oberbürgermeisterin zu den vorliegenden Beschlüssen zur Schulentwicklungsplanung. Das Landesverwaltungsamt stuft den vom Rat gefassten Beschluss als rechtswidrig ein und fordert die Verwaltung auf, dies dem Rat erneut vorzulegen, bevor andere kommunalrechtliche Mittel wie die Ersatzvornahme zum Einsatz kommen. **Herr Kogge** verwies ebenfalls, auf die Befristung der Genehmigung für das Bausicherheitsgerüst an der Jägerplatzschule, welches nur bis zum Ende des Schuljahres (31.07.2012) geduldet werde. Einer Verlängerung wurde vom Bauordnungsamt nicht zugestimmt. Er bat den Bildungsausschuss, sich dieser Problematik zu stellen, es bestehe hierzu dringender Redebedarf.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die Dringlichkeit der Beschlussvorlage zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt (8 nein-Stimmen)**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die nunmehr geänderte Tagesordnung zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig zugestimmt**

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschriften vom 08.05.12 und 05.06.12
4. Mitteilungen
- 4.1. Bericht zur Schulwegsicherheit - Abschlussbericht
Vorlage: V/2012/10733
5. Beschlussvorlagen
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation
Vorlage: V/2012/10681
- 6.2. Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - kommunale Schule mit internationalem Profil
Vorlage: V/2012/10808
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
- 8.1. Bericht des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement zum Energiemanagement städtischer Schulen
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschriften vom 08.05.12 und 05.06.12

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die Niederschrift vom 8.5.2012 zur Abstimmung

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die Niederschrift vom 5.6.2012 zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

**zu 4 Bericht zur Schulwegsicherheit - Abschlussbericht
Vorlage: V/2012/10733**

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, bat **Herrn Bade, Polizei Halle, Verkehrsorganisation**, ergänzend zum vorliegenden Verwaltungsbericht zur Schulwegsicherheit das Verkehrsunfallgeschehen im Bereich von Schülerunfällen aus Sicht der Polizei darzustellen.

Herr Bade, Polizei Halle, Verkehrsorganisation, machte Ausführungen, die dem Protokoll als Anlage 1 beigelegt werden. Jährlich gibt es ca. 8000 Unfälle, 20 davon sind Schulwegunfälle. Hier sind die bis 15-jährigen statistisch erfasst.

Herr Senger, SKE, stellte am Beispiel der Grundschule Hans Christian Andersen mit einer Power-Point-Präsentation vor, wie nach Meinung des Städtelternrates sichere und übersichtliche Schulwegepläne aussehen sollten. Er regte die Aktivierung einer Arbeitsgruppe zur Erstellung und Pflege dieser Pläne an. **Herr Senger** erklärte sich bereit, die entsprechenden Links zur Verfügung zu stellen.

Frau Hansch, Stadtvermessungsamt, Ressort Geodaten, erläuterte die Darstellung der Schulwegepläne der Stadtverwaltung. Auf diesen Plänen sind die Schulwege gut erkennbar, ebenso die Fußgängerüberwege, Beschilderungen, Gefahrenstellen etc. Die Pläne werden stets aktualisiert, Gefahrenpunkte werden in Zusammenarbeit mit dem Ordnungsamt eingearbeitet und Straßennamenänderungen werden aktuell eingepflegt.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, wies darauf hin, dass der Bericht zur Schulwegsicherheit nur die Verwaltungssicht in den Fokus stelle. Er kritisierte, dass nicht auf vorhandene Missstände und Beeinträchtigungen, wie z. B. kurzfristige Baustelleneinrichtungen hingewiesen wird. Er forderte einen Plan je Schule, da die folgenden Kriterien nicht beachtet wurden, wie z.B. Darstellung von Gefahren- bzw.

Ausweichstellen. Des Weiteren fragte er, weshalb Schulwegbegleiter nur an bestimmten Schulen zum Einsatz kommen. Er fragte ferner, wer Rückinformationen gibt, dass die derzeitigen Pläne ausreichend sind.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, entgegnete, dass die vorliegenden Schulwegpläne für jede Grundschule und die Schulumfeldpläne für jede weiterführende Schule jedes Schuljahr aktualisiert werden und die wesentlichen Besonderheiten und Gefahrenstellen der Schulwege enthalten. Eine kurzfristige Aktualisierung bezogen auf Baustelleneinrichtungen u. a. kann von der Verwaltung nicht geleistet werden.

Herr Senger, SKE, erklärte, dass die Schulwegbegleiter ein Projekt des Stadtelternrates sind. Dies wurde in einer 1. Phase über den Eigenbetrieb Arbeitsförderung umgesetzt. Hierzu wurden die Schulen angeschrieben und die Bedarfe erfragt. Die 2. Phase wird über den Bund gefördert. Durch den Stadtelternrat kann ein mobiles Schülerlotsenpaar kurzfristig bei Bedarf zur Verfügung gestellt werden. Eine Intensivierung ist durch Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur in Planung.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., fragte nach Rückmeldungen zur gezeigten Präsentation von **Herrn Senger** aus dem Kreis der Schulelternschaft beim Stadtelternrat

Herr Senger, SKE, erklärte, dass es noch keine Rückfragen zu den Plänen geben könnte, da diese noch nicht öffentlich sind. Er regt ggf. einen Link über die Internetseite der Stadt Halle an.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., fragte nach Schwerpunkten der Schulwegunfälle.

Herr Bade, Polizei Halle, Verkehrsorganisation, antwortete, dass man keine Unfallschwerpunkte benennen könne, da es eine gleichmäßige Verteilung über den Stadtraum Halle gäbe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, fragte nach dem Selbstverschulden der Schüler bei Unfällen. In den Gesprächen mit den Schulleitern der Stadt Halle könnte diese Problematik angesprochen werden.

Herr Bade, Polizei Halle, Verkehrsorganisation, antwortete, dass bei Fahrradunfällen in ca. 50 % Schüler die Unfallverursacher sind. Hauptursache von Unfällen ist falsches Verhalten bei Querungen und Abbiegungen. Die Überquerung von roten Ampeln ist eher selten die Ursache für Unfälle.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte, ob es Vergleiche zu anderen Städten gebe. Er regte an, die Schulwegpläne auf der Internetseite der jeweiligen Schule einzustellen und die Dateigröße hierzu zu verkleinern.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass die Karten innerhalb der Internetseite der Stadt Halle (Saale) schlecht zu finden sind. Bei den Stadtkarten sind die Probleme nicht gut sichtbar dargestellt. Das Projekt des Stadtelternrates fand er gut, eine Zusammenarbeit zwischen Stadt und dem Stadtelternrat befürworte er.

Herr Senger, SKE, wies auf das Fehlen der Gefahrstellen auf den städtischen Karten hin. Die Eltern würden die Karten nicht nutzen. Der Stadtelternrat stelle Aufkleber „Sei Vorbild“ für Ampelanlagen bereit, und wird diese in den nächsten Wochen anbringen.

Herr Marquardt, SKE, gab zu bedenken, dass es nicht das Problem sei, eine Internetseite mit Plänen zu erstellen, sondern diese Seite zu pflegen. Hierzu bedarf es Personal und Zeit.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, dankt für die jeweiligen Ausführungen. Er erläuterte in Kürze den Inhalt und die Aufgabe des städtischen GIS. Ihm sei jedoch kein Fall bekannt, bei dem Erziehungsberechtigte sich negativ über die städtischen Pläne geäußert hätten. Es liegen hierzu auch keine Hinweise von Schulleitern vor. Die Schulen erhalten aktualisierte Nachdrucke der vorhandenen Karten. **Herr Hildebrand** sagte zu die Anregungen in der nächsten Arbeitsgruppe Schulwegsicherheit zu behandeln. Er machte deutlich, dass jedoch nicht jede kurzfristige Verkehrsbeeinträchtigung in die jeweiligen Schulwegpläne aufgenommen werden kann.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, nimmt die Anregungen von **Herrn Paulsen** auf, den Schulwegplan auf den Internetseiten der jeweiligen Schulen zu hinterlegen. Derzeit ist aber die Stadtverwaltung nicht in der Lage eine andere Darstellungsform der Schulwegpläne zu erstellen und diese zu warten. Es wird künftig regelmäßig aus der Arbeitsgruppe informiert werden.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

Es lagen keine Beschlussvorlagen vor.

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 **Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation** **Vorlage: V/2012/10681**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., wies darauf hin, dass es nicht nur um die grundlegende Überarbeitung geht, sondern um den Umgang mit künftigen Förderprogrammen, wie STARK III. Er mahnte die Information zur kompletten Barrierefreiheit der Auenschule an. Er vertrat die Meinung, dass eine neue Schulentwicklungsplanung notwendig sei.

Herr Kneissl, SKE, er wollte zu Punkt 2 des Antrages wissen, was unter „planerischen Maßnahmen zum inklusiven Unterricht“ zu verstehen sei.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., antwortete, dass bei inklusivem Unterricht die Raumgrößen und –anzahl vom Kultusministerium vorgegeben werden muss. Die derzeitige Raumkapazität wird von Fachleuten als zu gering erachtet, da eventuell noch zusätzliche Ruheräume in den Schulen benötigt würden.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., führte aus, dass inklusive Bildung etwas mit den veränderten pädagogischen Konzepten der Schulen zu tun habe. Die Stadt muss diese bei Planungen beachten. Sie wollte wissen, warum Punkt 1 durch die Verwaltung abgelehnt werde, ob dies mit Schwierigkeiten bei der Bauausführung oder der Terminierung zu tun habe.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung antwortete, dass wegen des gesetzten Termins Punkt 1 abgelehnt wurde.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, verwies auf die fehlenden Rechtsgrundlagen für die die Umsetzung der inklusiven Bildung durch das Land.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., erklärte, dass die UN-Behindertenrechtskonvention die Rechtsgrundlage für die Inklusion sei. Hier wird darauf hingewiesen, dass als letztes Rechtsmittel den Betroffenen der Klageweg zustehe.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, merkte an, das Bildung Ländersache sei. Um im Ausschuss darüber zu reden, wird eine Rechtsgrundlage des Landes benötigt.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, erläuterte, dass die rechtliche Grundlage die Behindertenrechtskonvention sei, aber die Rahmenvorgaben vom Land fehlen hierzu. Er kritisiert die Stellungnahme der Stadtverwaltung mit der späten Terminierung auf Dezember 2013. Er bittet die Verwaltung um einen Plan zur Zielfindung.

Herr Hänsel, SKE, befürwortete den vorliegenden Antrag. Er vertrat die Meinung, dass Art. 24 der UN-Konvention keine Definition von „Inklusion“, sondern von „Integration“ beinhalte. Eine klare Definition von Inklusion fehle. Er empfiehlt vom Grundsatz her der Herstellung von Chancengleichheit auszugehen. Ohne konkrete Definition ist keine inklusive Schulentwicklungsplanung möglich.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Verwaltung die kommende Schulentwicklungsplanung gut vorbereiten möchte. Die jeweiligen Förderbedarfe sind in jedem Bundesland anders geregelt, somit ist das Land gefordert, eine Rechtsgrundlage zu erlassen. Da bisher eine konkrete Rechtsgrundlage fehle, könne zum jetzigen Zeitpunkt kein Termin festgesetzt werden. Er wies ausdrücklich darauf hin, dass die Stadt den Anspruch inklusiver Bildung erfüllen will. Es müsse jedoch ein realer Termin gesetzt werden, da die Verwaltung sonst ggf. in Schwierigkeiten gerät, d.h. Planung und Bau werden auf Inklusion vorbereitet, die Pädagogen erstellen Konzepte und der Träger kann im Anschluss die Räumlichkeiten nicht vorhalten. Er gab weiterhin zu bedenken, dass die bislang geltende Verordnung zur sonderpädagogischen Förderung bis zum 31.01.2013 verlängert wurde. Bis zu diesem Zeitpunkt wird eine Präzisierung der Verordnung erwartet. Eine Definition von Behinderung ist in den einzelnen Ländern unterschiedlich geregelt. **Herr Kogge** bat um Verständnis, dass eine Terminsetzung für 2013 keiner Ablehnung gleichkäme, sondern deutlich mache, dass dieses komplexe Problem genügend zeitlichen Vorlauf für eine Planung brauche. wie bereits in der Stellungnahme ausgeführt.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., machte Ausführungen zum Unterschied von Inklusion und Integration. Er vertrat die Auffassung, dass es darum gehe, bei den heutigen Förderprogrammen bereits so zu planen, dass bestimmte Arbeiten so durchgeführt werden, dass die Schule später für die inklusive Beschulung zur Verfügung steht. Er bat um ein Signal der Verwaltung zur Umsetzung der Punkte 2 – 4. **Herr Lange** erklärte Punkt 1 seines Antrages dahingehend zu ändern, dass eine Überarbeitung der Schulentwicklungsplanung bis Ende 2013 vorgelegt werden solle.

Frau Raab, FDP-Fraktion, befürwortete die Ausführungen von **Herrn Lange**, da man sich somit rechtzeitig vor der nächsten Schulentwicklungsplanung mit dem Sachverhalt beschäftigen könne. Sie regte an, dass die Stadträte einen Themenkatalog an die Verwaltung übergeben, damit vorausschauender gearbeitet werden könne.

Herr Marquardt, SKE, wies auf die Personalprobleme an den Schulen hin. Durch inklusiven Unterricht entstehe ein Personalmehrbedarf. Bereits derzeit verfügen die Schulen nicht über das erforderliche ausgebildete Personal. Er regte an, dass die Stadt gegenüber dem Land darauf aufmerksam machen solle, da bereits jetzt schon die Erstklässler dementsprechend eingewiesen werden.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vertrat die Meinung, dass der Antrag nicht generell die Existenz von Förderschulen ausschließe. Inklusive Beschulung bedeute, dass Voraussetzungen geschaffen werden alle Kinder so zu unterrichten, dass Behinderungen und Beeinträchtigungen keine Rolle mehr spielen. Er halte eine Verständigung zu Fragen: Was ist inklusive Bildung? Wie ist der derzeitige Zustand in den Grundschulen? für notwendig. Die Verwaltung soll den Bildungsausschuss bei der Umsetzung dieser Entwicklung mitnehmen. Die Verwaltung könnte zusichern, dass Thema Inklusion in Schulen thematisch regelmäßig in den Bildungsausschuss einzubringen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, schloss sich diesem Vorschlag an und sagte eine Überarbeitung der Stellungnahme der Verwaltung für die Beratung des Antrages in der durch den Antragsteller geänderten Fassung im Stadtrat im September zu.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, vertrat ebenfalls die Auffassung, dass Inklusion nach den jetzigen rechtlichen Vorgaben noch nicht abzusichern ist. Es gibt dafür nicht genügend Personal und die rechtlichen Grundlagen werden benötigt.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, wäre grundsätzlich nicht bereit, dem Antrag zuzustimmen, da die Planungsgrundlagen des Landes fehlen. Sie erfragte den Zusammenhang von Punkt 3 und Inklusion. Klar sei, dass die Kosten steigen werden. Es gebe jetzt bereits eine enorme Kostenerhöhung für die Herstellung des Brandschutzes in den Schulgebäuden.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, äußerte seine große Sympathie für den Antrag. Für ihn müsse Punkt 1 inhaltlich an das Land gerichtet werden, hier sind die Voraussetzungen dazu zu schaffen.

Herr Hänsel, SKE erklärte, dass an den Grundschulen bereits inklusiver Unterricht erfolge. Er gab zu bedenken, dass es immer wieder Schüler geben werde, die an den „normalen“ Grundschulen scheitern. In diesem Fall werden die Förderschulen auf jeden Fall weiter benötigt.

Herr Strech, Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM, führte aus, dass es sich um ein altbekanntes Problem handele. Die pädagogischen Inhalte lassen sich häufig nicht in den vorhandenen Gebäuden umsetzen. Gemeinsam mit den Schulen sollte der Bedarf ermittelt werden. Es müsste Vorlauf geschaffen werden, bevor die konkreten Rechtsgrundlagen vom Land kommen. Die Schulbauförderrichtlinien der einzelnen Länder sind teilweise veraltet, die Städte Köln und Herford haben neue kommunale Schulbaurichtlinien entwickelt, die als Vorlage für eine neue Schulentwicklungsplanung dienen könnten.

Herr Kneissl, SKE, gab zu bedenken, dass die Inklusion und Integration an Regelschulen bereits seit 15 Jahren erfolgt. Seit ca. 2 Jahren wird ein neuer Weg eingeschlagen, bei dem leider die betroffenen Kinder und deren Eltern außer Acht gelassen werden. In der letzten Zeit gab es weder vom Land noch von der Kommune zusätzliches Geld für Projekte. Aus welchem Grund sollte nun in Halle gebaut werden? Es wisse niemand, wie die Bildungslandschaft in den künftigen Jahren aussehen werde. Es sei so nicht möglich an kommunalen Schulen jährlich im Voraus zu planen.

Frau Dr. Sitte, Fraktion DIE LINKE., erläuterte, dass es in dem Antrag darum geht, durch eine gute vorbereitende städtische Planung die Fördermöglichkeiten des STARK III-Programms auszuschöpfen. Es werden hier ca. 100 Mio. € zu Verfügung gestellt. Es müsse versucht werden, verschiedene Aspekte der Inklusion innerhalb des Investitionsprogramms zu verwirklichen. Gesammelte Erfahrungen müssten hierzu genutzt und der Druck auf das Land muss verstärkt werden. Hierzu gehört auch die Vorgabe von Planungsgrundlagen. Sie folgt den Ausführungen von **Herrn Strech** und regte ebenfalls an, die Erfahrungen aus anderen Kommunen heranzuziehen.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., vertrat die Auffassung, dass bereits jetzt bei den Planungen alle Möglichkeiten der Barrierefreiheit bedacht und genutzt werden sollten.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, äußerte, dass die Schule von heute inklusive Beschulung noch nicht leisten kann. Nur durch eine Annahme dieses Antrages können für die Verwaltung der notwendige Druck erzeugt werden, sich mit dem Thema inklusiver Bildung im Rahmen der Schulentwicklungsplanung zu beschäftigen. Er fragte die Verwaltung, ob bei Änderung des Datums auf Dezember 2013, eine Änderung der Stellungnahme möglich ist.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, regte an, dass eine Schule je Schulform am Anfang für inklusive Beschulung hergerichtet werden sollte.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung wies darauf hin, dass im Land Sachsen-Anhalt keine aktuelle Schulbaurichtlinie existiere. Er informierte, dass es zum Beispiel über 30 % Leerstand in einigen Grundschulen gebe. Es muss überlegt werden, wie die bestehenden Ressourcen am besten genutzt werden. Er bat die Ausschussmitglieder um Unterstützung gegenüber dem Land.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat darum, den Bildungsausschuss in gewissen Abständen über den aktuellen Stand zu informieren und eine Informationsvorlage zur Umsetzung der Inklusion in den Bildungsausschuss zu geben.

Frau Raab, FDP-Fraktion, schlug vor, einen Änderungsantrag zu stellen. Bei einer Änderung auf 2013 könnten die Punkte 1 und 4 gestrichen werden. Die Punkte 2 und 3 blieben bestehen, sind aber in 1 und 2 zu ändern, und es sollte ein neuer Punkt unter 3. aufgenommen werden, dass die Brandschutzprioritätenliste in die Schulentwicklungsplanung einfließen soll.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., konnte dem Antrag von **Frau Raab** nicht folgen und möchte die Punkte 1 und 4 aufrechterhalten.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vertrat die Meinung, dass Punkt 1 erhalten bleiben sollte. Er würde den Änderungsantrag ablehnen.

Herr Hopfgarten, SPD-Fraktion, würde dem Änderungsantrag von **Frau Raab** folgen.

Frau Raab, FDP-Fraktion, stellte den Änderungsantrag die Punkte 1 und 4 zu streichen, Punkte 2 und 3 entsprechend der Reihenfolge zu ändern und neu unter Punkt 3 „Die Brandschutzprioritätenliste soll in die Schulentwicklungsplanung einfließen.“ aufzunehmen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte den Änderungsantrag zur Abstimmung, da keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt

Änderungsantrag der FDP-Stadtratsfraktion zum Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) zur Ausrichtung der Schulentwicklungsplanung an Erfordernissen inklusiver Bildung und pädagogischer Innovation (V/2012/10681)

- ~~1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres 2012 eine grundlegende Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen. Dabei sollen bereits im Vorfeld der Stadtelternrat und der Stadtschülerrat sowie (für berufsbildende Schulen) die Sozialpartner bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden.
Ziel soll es sein, dass in der Stadt Halle (Saale) ein attraktives und auskömmliches Schulangebot längerfristig gewährleistet werden kann, das flexibel genug ist, unterschiedlichen Entwicklungen der Schülerzahlen ebenso zu entsprechen wie es Raum für bildungspolitische und pädagogische Innovationen geben soll.
Insbesondere soll dabei beachtet werden, dass in der Stadt Halle (Saale) inklusive Bildung in allen Schulen und Schulformen möglich wird.
Da sich viele Grundschulen die Räumlichkeiten mit Horten teilen, soll in diesem Zusammenhang auch die Hortentwicklungsplanung berücksichtigt werden.~~
2. Bei künftig in Angriff zu nehmenden Schulsanierungen – beginnend mit dem STARK III-Programm – sollen in den Planungen Maßstäbe für inklusive Bildung über die bauliche Barrierefreiheit hinaus angelegt werden. Dazu soll mit der Landesregierung beraten werden, inwiefern die planerischen Vorgaben des Landes zu Schulgrößen und Raumberechnungen mit Blick auf die Absicherung inklusiver Bildung angepasst werden müssen.
3. Im Zusammenhang mit den angestrebten Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Programms STARK III und ggf. darüber hinaus sollen die zu sanierenden Schulen eine informationstechnische Infrastruktur erhalten, die eine Nutzung von modernen Unterrichtsmitteln künftig ermöglicht.
- ~~4. Die Ergebnisse dieser Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung sind im Jugendhilfe- und Bildungsausschuss vorzuberaten.~~
- ~~5. Die Brandschutz- und Investitionsprioritätenliste fließt in die Schulentwicklungsplanung ein.~~

Frau Raab, FDP-Fraktion, stellte den Antrag, die Beschlusspunkte des Antrages der Fraktion DIE LINKE. einzeln abzustimmen.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte die einzelnen Punkte des Antrages in der geänderten Fassung, dass in Punkt 1 das Datum 2012 auf 2013 ersetzt werde, zur Abstimmung

Abstimmung zu Punkt 1

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig zugestimmt**

Abstimmung zu Punkt 2

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig zugestimmt**

Abstimmung zu Punkt 3

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig zugestimmt**

Abstimmung zu Punkt 4

Abstimmungsergebnis: **mehrstimmig zugestimmt**

Geänderter Beschlussvorschlag

Der Stadtrat möge beschließen:

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Ende des Jahres ~~2012~~ **2013** eine grundlegende Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung für alle Schulformen dem Stadtrat zur Beratung vorzulegen. Dabei sollen bereits im Vorfeld der Stadtelternrat und der Stadtschülerrat sowie (für berufsbildende Schulen) die Sozialpartner bei der Entscheidungsfindung einbezogen werden.
2. Ziel soll es sein, dass in der Stadt Halle (Saale) ein attraktives und auskömmliches Schulangebot längerfristig gewährleistet werden kann, das flexibel genug ist, unterschiedlichen Entwicklungen der Schülerzahlen ebenso zu entsprechen wie es Raum für bildungspolitische und pädagogische Innovationen geben soll. Insbesondere soll dabei beachtet werden, dass in der Stadt Halle (Saale) inklusive Bildung in allen Schulen und Schulformen möglich wird. Da sich viele Grundschulen die Räumlichkeiten mit Horten teilen, soll in diesem Zusammenhang auch die Hortentwicklungsplanung berücksichtigt werden.
3. Bei künftig in Angriff zu nehmenden Schulsanierungen – beginnend mit dem STARK III-Programm – sollen in den Planungen Maßstäbe für inklusive Bildung über die bauliche Barrierefreiheit hinaus angelegt werden. Dazu soll mit der Landesregierung beraten werden, inwiefern die planerischen Vorgaben des Landes zu Schulgrößen und Raumberechnungen mit Blick auf die Absicherung inklusiver Bildung angepasst werden müssen.
4. Im Zusammenhang mit den angestrebten Sanierungsmaßnahmen im Rahmen des Programms STARK III und ggf. darüber hinaus sollen die zu sanierenden Schulen eine informationstechnische Infrastruktur erhalten, die eine Nutzung von modernen Unterrichtsmitteln künftig ermöglicht.

5. Die Ergebnisse dieser Überarbeitung der mittelfristigen Schulentwicklungsplanung sind im Jugendhilfe- und Bildungsausschuss vorzubereiten.

**zu 6.2 Antrag der Fraktion DIE LINKE. im Stadtrat Halle (Saale) - kommunale Schule mit internationalem Profil
Vorlage: V/2012/10808**

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., erläuterte den Antrag. Es ging darum, die Verwaltung entsprechend zu beauftragen, den Schulen diesen Vorschlag zu unterbreiten. Die Profilgebung muss von der Schule kommen. Sie kann nicht durch die Verwaltung angeordnet werden. Das Kultusministerium vertrete die Meinung, eine kommunale Schule könne durchaus eine Internationale Schule sein.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, fragte, ob **Herr Lange** die Änderungsvorschläge der Verwaltung übernehmen könne und ob dann die geänderte Fassung abgestimmt werden könne.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, schloss sich dem Antrag der Fraktion DIE LINKE. an und würde sich freuen, wenn der Antragsteller dem Änderungshinweis der Verwaltung folgen könne würde.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., stimmte den Änderungsvorschlägen der Verwaltung zu. Der Antrag seiner Fraktion könne mit diesem Wortlaut abgestimmt werden.

Frau Raab, FDP-Fraktion, vertrat die Auffassung, dass der Begriff „bilingual“ durch den Begriff „mehrsprachig“ ersetzt werden sollte. Eine solche Schule wäre auf kommunaler Ebene sehr gut. Sie befürwortete dieses Projekt auf Grundschulebene. Auch sie fragte nach einer ggf. notwendigen Veränderung von Einzugsbereichen für diese Grundschule.

Herr Lange, Fraktion DIE LINKE., war der Meinung, dass man bei den Schulen nachfragen sollte, welche Schule sich ein solches Modell vorstellen könnte. Er fragte nach der Möglichkeit von Ausnahmegenehmigungen bei der Regelung zu den Einzugsbereichen aufgrund des internationalen Zweiges.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, führte aus, dass in Fragen des Schulprofils die Verwaltung lediglich Vorschläge machen könne, aber keine Anweisungen erteilen dürfe. Er gab zu bedenken, dass das Fehlen von Muttersprachlern als Lehrer an solchen Schule problematisch sei. Ausländische Abschlüsse werden teilweise nicht in Deutschland anerkannt. Die entscheidende Frage sei aber, ob die Lehrer und die Schulkonferenzen die Vorschläge mittragen würden. Sie müssten ein passendes Konzept erarbeiten. Eine solche Anregung muss aus der Ebene der Lehrer und Schüler, bzw. der Eltern kommen. Die Verwaltung erklärt sich bereit, die Schulleiter anzusprechen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, regt eine Prüfung an den weiterführenden Schulen an, wie viel Sprachzweige ggf. geboten werden könnten.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, wollte wissen, ob die Einzugsbereiche im Bereich der Grundschulen dann neu festgelegt werden müssten.

Herr Schachtschneider, Ausschussvorsitzender, stellte den Antrag der Fraktion DIE LINKE. in der geänderten Fassung analog dem Vorschlag der Verwaltung und mit Austausch des Wortes und „bilingual“ gegen „mehrsprachig“ zur Abstimmung.

geänderter Beschlussvorschlag:

- ~~1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, dem Stadtrat kommunale Schulen vorzuschlagen, die zukünftig das Profil einer Internationalen Schule tragen. Die Entscheidung, sich um ein solches Profil zu bewerben, wird dabei gemeinsam mit SchülerInnen, Eltern und LehrerInnen sowie der Schulleitung getroffen. Der internationale Zweig der Schule soll zum Schuljahr 2013/2014 beginnend mit der Grundschule erstmals SchülerInnen aufnehmen. Es wird sichergestellt, dass eine kommunale weiterführende Schule zukünftig diese SchülerInnen aufnehmen kann.~~
- ~~2. Die Stadtverwaltung schlägt dem Stadtrat im November 2012 vor, für welche kommunalen Schulen das internationale Profil beim Land beantragt wird. Hierzu lotet sie im Vorfeld die Möglichkeiten beim Land aus.~~

Geänderter Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, ausgewählte (räumlich geeignete) Grundschulen über das Interesse der Stadt an der Einrichtung einer Grundschule mit ~~bilingualem~~ **mehrsprachigem** Unterricht zu unterrichten. Die SchulleiterInnen werden gebeten, in der 1. Gesamtkonferenz im Schuljahr 2012/13 dieses Thema auf die Tagesordnung zu setzen und die Konferenz beraten und abstimmen zu lassen, ob durch die Schule ein Konzept erarbeitet werden soll und mit Unterstützung der Stadt und des Unterstützungsvotums des Stadtrates ein Antrag auf Genehmigung eines solchen Projektes beim Kultusministerium eingereicht werden soll.
2. Die Verwaltung wird weiterhin beauftragt, bei mehreren Interessenten gemeinsam mit Schulleitungen und Eltern sowie unter Einbeziehung des Bildungsausschusses und des Stadtelternrates eine Auswahl zu treffen, welche Schule seitens der Stadt weiter unterstützt werden soll.
3. Der Stadtrat wird im November über den Stand der Verhandlungen informiert.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

zu 8 **Mitteilungen**

zu 8.1 **Bericht des Eigenbetriebes Zentrales GebäudeManagement zum Energiemanagement städtischer Schulen**

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, gab einen Überblick zum Stand des Energiemanagement an städtischen Einrichtungen. Der Bericht wurde im Vorfeld an die Mitglieder des Bildungsausschusses verschickt.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte **Herrn Bielecke** nach der Darstellung des Energiemanagements in einem vorherigen Planungsausschuss und ob diese Darstellung heute identisch sei.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, antwortete an Hand eines Beispiels zu den Energieverbräuchen in den ausgereichten Unterlagen. Solche Informationen seien über das Intranet abrufbar. Durch die Weiterentwicklung der Gebäudeleittechnik, die vom ZGM eingesetzt werde, und die Tätigkeit des Energiemanagers können solche Informationen künftig schneller verfügbar gemacht werden. Das ermögliche eine direktere Einflussnahme auf das Nutzerverhalten. Auf dieser Grundlage können beispielsweise Schulleitungen und Lehrer anhand sehr aktueller Informationen auf die Reduzierung der Verbräuche an Wasser, Strom und Heizenergie dann einwirken, wenn die Verbräuche entstehen. In der Vergangenheit war das erst dann möglich, wenn ein längerer Zeitraum, der für die Auswertung der Informationen notwendig war, vergangen war.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um die entsprechende Stellungnahme des ZGM zu einer der nächsten Stadtratssitzungen.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte zum Stand zum „Klimaschutz macht Schule“ und der damit verbundenen Einbeziehung des Energiemanagers für die Arbeit an den Schulen.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, antwortete, dass es einige Anknüpfungspunkte gebe. hierzu die Zusammenarbeit mit den interessierten Schulen aber noch intensiviert werden muss. Dies sei weiterhin eher verhalten.

Herr Marquardt, SKE, wollte wissen, ob bei der energetischen Sanierung am Christian Wolff Gymnasium die Turnhalle mit saniert wurde.

Herr Bielecke, Betriebsleiter des Eigenbetriebes Zentrales Gebäudemanagement, antwortete, nur das Schulgebäude wurde gedämmt, die Turnhalle nicht.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, das Problem ist die Gewährleistung der Demographiesicherheit für die nächsten 25 Jahre. Um eine Planungssicherheit zu gewährleisten, müssen Bestandssicherheit und Prioritätensetzung stimmig sein und die Finanzierbarkeit muss gewährleistet sein. Momentan konzentrieren sich die Prioritäten auf den Norden von Halle,

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, teilte mit, dass für die 3 Projekte mit der EFRE – Förderung Zuwendungsbescheide vorliegen und nunmehr zügig die Baumaßnahmen beginnen sollen. Aufgrund der eingetretenen Verzögerungen wird sich die Fertigstellung bis Oktober 2013 verlängern. Der Rückzug der Schulen in ihre Objekte ist für die Oktoberferien 2013 geplant. Für die IGS wird eine Abstimmung mit dem Kultusministerium zur Absicherung des Unterrichtes notwendig sein. Zu diesem Thema finde noch in dieser Woche eine Beratung mit den Schulleitern statt.

Frau Dr. Bergner, CDU-Fraktion, erfragte von wann die Bauordnungsvorschriften sind und ob es unterschiedliche Vorschriften für die verschiedenen Altersgruppen gebe.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, erklärte die Bauvorschriften, z. B. für rollstuhlgerechte Türen sind für alle Schulen gleich.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erläuterte, dass sich die Auslegung der Bau- und Brandschutzvorschriften regelmäßig ändere. Er führte als Beispiel die Rettungsbalkone an, hier wurde erst eine T30 Feuerschutzqualität angesetzt, nunmehr müsse T90 erreicht werden. Dies lasse die Kosten der Maßnahme steigen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach dem Schulleiterbrief und dem darin ausgewiesenen Verfahren zur Beantragung von Schülerzeitkarten. Er wollte wissen, ob er es richtig verstanden hätte, dass ohne Änderungen kein neuer Antrag notwendig sei und warum Neubeantragungen in Listenform erfolgen sollten. Dazu äußerte er datenschutzrechtliche Bedenken.

Frau Farkasch, Teamleiterin Schulorganisation, erklärte, dass es aktuell keine Beantragung auf Listen gebe. Es werden Einzelanträge für Schülerzeitkarten eingereicht. Die Ausgabe der Schülerfahrkarte für Bestandsschüler erfolgt auf der Grundlage des Antrages aus dem Vorjahr.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte an, ob die Stadt zum Mangel von Lehrpersonal Stellung nehmen könne, besonders im Grundschulbereich wird es problematisch werden, und ob der Brief der Oberbürgermeisterin an den Minister zur Kenntnis gegeben werden könne.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, informierte, dass der Brief der Oberbürgermeisterin als Anlage 2 dem Protokoll beigelegt werde.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, fragte nach den Schülerzahlen für das kommende Schuljahr, ihn interessierten die Gesamtzahlen und die Verteilung der Schüler auf die einzelnen Schulen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, informierte, dass jetzt lediglich eine Vorabzahl bekannt sei, die offiziellen Zahlen werden erst am 15.9.2012 zur Verfügung stehen.

Herr Paulsen, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bat um Informationen zu Außenanlagen der 3 EFRE Schulen. Er bat darum, diese Informationen in elektronischer Form zu bekommen.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, sagte den Versand der gewünschten Information per Mail zu, wies aber darauf hin, dass es sich um sehr große Dateien handelt.

Herr Bauersfeld, CDU-Fraktion, fragte an, ob die Fluchttüren im Cantor-Gymnasium ebenfalls dämmfähig sind.

Herr Hildebrand, Leiter des Amtes für Schule und Sport, nahm die Anfrage auf und wird diese an das ZGM weiterleiten.

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, fragte zu Bildung und Teilhabe, ob Angebote über den Essenszuschuss hinaus möglich sind und er bat darum, die Möglichkeit für die Nachhilfe zu klären.

Herr Kogge, Beigeordneter für Jugend, Schule, Sport, Soziales und kulturelle Bildung, erklärte, dass die Schulsozialarbeit bereitgestellt werde. Die Hürde zur Gewährung von Nachhilfe über Bildung und Teilhabe groß sei, er werde **Frau Simon** bitten, nochmals darüber zu informieren.

zu 10 Anregungen

Herr Dr. Diaby, SPD-Fraktion, regte an, sich die Beispiele der Inklusion von Köln und Herford näher anzusehen.

Anlage 1: Präsentation der Polizei zur Schulwegsicherheit

Anlage 2: Brief der OB an den Kultusminister

Für die Richtigkeit:

Datum: 20.08.12

Tobias Kogge
Beigeordneter

Andreas Schachtschneider
Ausschussvorsitzender

Heike Schöne
stellv. Protokollführerin